

**Zeitschrift:** Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung  
**Herausgeber:** Pro Senectute Schweiz  
**Band:** 80 (2002)  
**Heft:** 1-2

**Artikel:** Dafür und dagegen: soll die Schweiz Mitglied der UNO werden?  
**Autor:** Gysin, Remo / Wenger, Rico E.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-721159>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

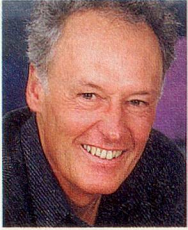
### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**





**DAFÜR: REMO GYSIN**  
Nationalrat (SP BS),  
Dr. rer. pol., selbstständiger Unternehmensberater

Es gibt keinen Eisernen Vorhang mehr. Seit dem Fall der Berliner Mauer hat sich die Welt stark verändert. Darum können wir dank der Volksinitiative für den UNO-Beitritt in einem zweiten Anlauf den negativen Entscheid von 1986 korrigieren. So wie wir 1971 die Ablehnung des Frauenstimmrechtes von 1959 korrigiert haben.

Terrorismus und ökologische Grenzen zeigen uns, dass die Welt zur Schicksalsgemeinschaft geworden ist. Vor einem Jahr hat der Bergsturz von Gondo unverhofft klar gemacht, dass die Erderwärmung unsere Alpen mehr bedroht als ursprünglich angenommen. Die Schweiz hat ein direktes Interesse an den Umweltübereinkommen der UNO, die weltweit Wasser, Luft und Erde zu schützen versuchen. Der zusätzliche Beitrag bei einem Beitritt zur UNO von rund 70 Millionen Franken entspricht etwa einem Promille des Bundesbudgets und ist eine gute Investition in die Zukunft.

Die wirtschaftliche Globalisierung ist weit vorangeschritten. Vollbeschäftigung, Armutsbekämpfung, die Förderung der Menschenrechte und des Friedens sind jedoch keine unternehmerischen Ziele. **Die UNO ist die einzige Institution, welche die Kommerzialisierung der wichtigsten Lebensbereiche sozial und ökologisch korrigieren kann.**

Regionale Konflikte und Naturkatastrophen machen immer mehr Menschen zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Die UNO reagiert mit Friedensverhandlungen und Überlebenshilfe. Das UNO-Welternährungsprogramm hat im letzten Jahr 43 Millionen Menschen in Not erreicht. Auf Weltkonferenzen, Vollversammlungen und in internationalen Konventionen erarbeitet die UNO Lösungsansätze für Probleme, die vor keiner Landesgrenze Halt machen.

Das Jahr 1999 war den älteren Menschen gewidmet. Im vergangenen Jahr der Freiwilligen erfuhren alle unbezahlten Helferinnen und Helfer die Wertschätzung der UNO. Die UNO arbeitet vielschichtig und erfolgreich. Dennoch hat sie wie jede andere Organisation auch Schwächen. In der UNO-Vollversammlung hat jedes Land, ob gross oder klein, eine Stimme mit gleichem Gewicht. Dort beabsichtigen wir jene Länder zu stärken, welche die UNO demokratischer machen wollen und Reformen im Sicherheitsrat anstreben.

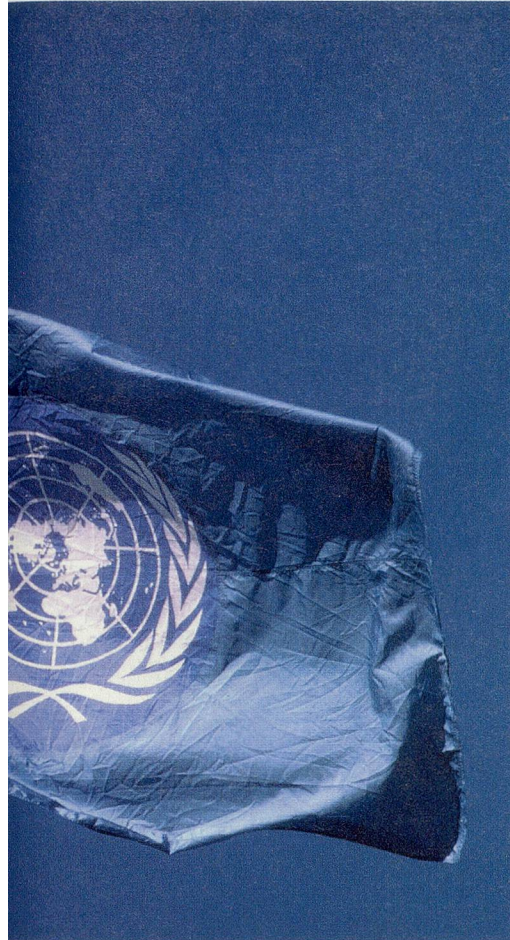
Die UNO ist nie Kriegspartei, sondern in der Rolle des Polizisten, der gegen Verbrecher vorgeht. Als UNO-Mitglied muss die Schweiz keine Blauhelme stellen. Dies ist in der UNO-Charta in Artikel 43, Absatz 3, klar geregelt: Massgebend bleibt die Verfassung jedes einzelnen Landes. Unsere Neutralität wird innerhalb der UNO mehr Gewicht haben als draussen vor der Welttür. Wir werden das erste Land sein, das mit einem «Ja» von Volk und Kantonen UNO-Mitglied wird.

Der UNO  
gehören 189  
Staaten als  
Vollmitglieder  
an – praktisch  
alle Länder der  
Welt ausser  
dem Vatikan  
und der  
Schweiz.

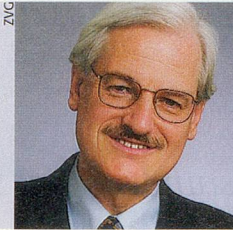


**Soll die  
Schweiz  
Mitglied  
der UNO  
werden?**





UN/DPI PHOTO



**DAGEGEN: RICO E. WENGER**  
Ständerat (SVP SH)  
Unternehmer

Mit Dreiviertelmehrheit hat das Schweizervolk 1986 den UNO-Beitritt abgelehnt. Gründe waren die kostspielige, ineffiziente, von den Grossmächten dominierte Arbeit der Weltorganisation und die Risiken für unsere traditionsreiche Neutralität.

An einer Gefährdung dieser Werte bei einem Vollbeitritt zur UNO hat sich auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nichts geändert. Die Grossmächte bestimmen den Kurs, die Kleinen haben zu kuscheln. Trotzdem empfinden Bundesrat, Parlament und Bundesverwaltung die ihnen vom Volk auferlegte aussenpolitische Zurückhaltung stärker als damals als mühsame Einschränkung. Nicht wegzudiskutieren ist, dass es in der direkten Demokratie die Bürgerinnen und Bürger sind, die durch fortschreitende internationale Einbindung an Mitspracherechten verlieren.

Als Hauptargument wird angeführt, dass ausser dem Vatikan und der Schweiz alle Staaten der UNO angehören und es deshalb nicht zeitgemäss sei, politisch nicht auch mitzumachen. Vergessen wird dabei das florierende Taiwan, das infolge des Vetos der Grossmacht China gar nicht Mitglied sein darf. Wir sind auf dem Weg, uns aussenpolitisch einem psychologischen Gruppenzwang zu unterwerfen.

Leider hat die Wirtschaftsbürokratie dem politischen Druck bereits nachgegeben und sich dem Beitritt verschrieben. Dies obwohl angesichts der traditionell weltweiten Vernetzung unserer Exportwirtschaft nirgends erkennbar wird, dass ein UNO-Vollbeitritt der Wirtschaft irgendeinen Vorteil verschaffen könnte. Auch im freien Markt ist nicht derjenige erfolgreich, der das gleiche wie alle ändern macht, sondern derjenige, der das tut, was andere vernachlässigen.

Weitere 75 Millionen Franken jährlich sind der Preis, den wir bei einem Vollbeitritt für die riesige Verwaltungsbürokratie zu zahlen bereit wären. Dazu kämen Projektkosten, die wir heute in eigener Kompetenz weltweit einsetzen können, später jedoch, einem Fass ohne Boden gleich, gemäss UNO-Verteilschlüssel einfach zu leisten hätten.

**Dem Beitrittsvertrag entsprechend könnte uns die UNO nach Kapitel VII ihrer Charta zu Zwangsmassnahmen verpflichten, die letztlich unsere bewährte Neutralität aus den Angeln heben würde.** Belassen wir es deshalb bei unserer Mitarbeit in den humanitär, sozial und kulturell tätigen Unterorganisationen der UNO, an die wir jetzt schon Beiträge von gegen einer halben Milliarde Franken leisten. Wir dokumentieren damit Solidarität mit der Weltbevölkerung, ohne uns an Machtspielen zu beteiligen. Halten wir uns aber, der direktdemokratischen Staatsidee gemäss, mit einem klaren «Nein» zum UNO-Vollbeitritt politisch den Rücken frei.

*Am kommenden 3. März stimmen wir ab über die Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)». Bundesrat und Parlament unterstützen das Volksbegehren. Die Gegner fürchten um die Neutralität. Kann die Schweiz als UNO-Mitglied besser mitbestimmen, oder ist unsere Souveränität in Gefahr?*